

Jugend- und Familienministerkonferenz (JFMK)

Umlaufbeschluss 01/2020

vom 02.03.2020

Fortführung des Bundesprogramms „Fachkräfteoffensive für Erzieherinnen und Erzieher. Nachwuchs gewinnen, Profis binden“

Beschluss:

Die Jugend- und Familienministerkonferenz fasst folgenden Beschluss:

1. Die Jugend- und Familienministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder stellen fest, dass der weiter steigende Fachkräftebedarf in den Arbeitsfeldern der Kinder- und Jugendhilfe dringende Maßnahmen zur Unterstützung und Förderung der Fachkräftesicherungen auf allen Verantwortungsebenen – Bund, Länder, Kommunen und Trägern – erfordern. Sie verweisen diesbezüglich grundsätzlich auch auf die Beschlussfassungen der JFMK vom 18./19. März 2017 (TOP 7.3) und vom 3./4. Mai 2018 (TOP 6.1). Insbesondere die seitens des Bundes bereits umgesetzten bzw. beabsichtigten Vorhaben zur Qualitätssteigerung der Kindertagesbetreuung und zum Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung, aber auch die angestrebte Weiterentwicklung des SGB VIII sorgen in allen Feldern der Kinder- und Jugendhilfe für einen zusätzlichen Fachkräftebedarf und stellen auch alle Akteure der Kinder- und Jugendhilfe vor die Herausforderung, weitere Anstrengungen zur Fachkräftesicherung zu unternehmen.
2. Vor diesem Hintergrund begrüßen die Jugend- und Familienministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder das durch das Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend entwickelte und im Jahr 2019 begonnene Förderprogramm „Fachkräfteoffensive Erzieherin/Erzieher“ als einen wichtigen Schritt, um begleitend zu den Maßnahmen im Rahmen des „Gute-Kita-Gesetzes“ die Fachkräftegewinnung im Arbeitsfeld der Kindertagesbetreuung zu unterstützen. Mit diesem Programm ist über die Förderung hinaus auch eine hohe bundesweite Signalwirkung in Bezug auf die Stärkung des Berufsfelds und die Weiterentwicklung der Ausbildungswege verbunden.
3. Die Jugend- und Familienministerinnen, -minister, -senatorinnen und -senatoren der Länder bedauern daher sehr, dass das Bundesprogramm entgegen den

Ankündigungen des Bundesministeriums für Familie, Senioren, Frauen und Jugend nicht wie geplant zum Schuljahr 2020/2021 durch einen zweiten Förderdurchgang fortgeführt werden soll. Sie fordern die Bundesregierung auf, die Fortführung des Bundesprogramms wie geplant zum Schuljahr 2020/2021 zu realisieren, um an die auch durch die Fachkräfteoffensive bereits erreichten positiven Entwicklungen unmittelbar anknüpfen und insbesondere der hohen Nachfrage nach dem Ausbau praxisintegrierter Ausbildungen gerecht werden zu können.